

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

1.6.1869 (No. 126)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 1. Juni.

N. 126.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Eintückungsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Lieber Herr Staatsminister.

Mit aufrichtiger Befriedigung empfang ich heute die Adresse, welche die aus allen Theilen des Landes in Offen- burg versammelten Männer am 23. Mai beschlossen haben. Indem ich Ihnen dieselbe zur Mittheilung an das Staats- ministerium übersende, beauftrage ich Sie, den Unterzeich- nern der Adresse auszusprechen, wie dankbar ich die hinge- gebende, thatkräftige Unterstützung schätze, welche sie, mit Hintansetzung jeder anderen Rücksicht, für die ungeschwächte Fortführung der freisinnigen und nationalen Politik meiner Regierung verheissen. Ich stütze darauf das Vertrauen, es werde mit der Kraft, welche die Eintracht verleiht, gelingen, mein Volk zu dem Ziele zu führen, das ich mir als höchste Regentenaufgabe gestellt habe: ein freies Staatsleben im Innern, ruhend auf der sicheren Grundlage geistiger Bildung und sittlich-religiöser Ernstes, und muthige, entschlossene Theilnahme an der nationalen Wiedergeburt Deutschlands.

Karlsruhe, den 29. Mai 1869.

Friedrich.

Vorstehendes Allerhöchstes Schreiben Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs bringe ich hiermit zur öffent- lichen Kenntniß.

Karlsruhe, 31. Mai 1869.

Der Staatsminister des Innern  
Sollly.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 20. Mai d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Sous-Directeur des Betriebs der französischen Ost- bahnen, Herrn Durbach in Paris, das Ritterkreuz 1r Classe mit Eichenlaub Allerhöchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 15. Mai d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Dragoman B. Anhoury bei dem Generalkonsulate des Norddeutschen Bundes in Alexandrien und dem Vizekonsul des Norddeutschen Bundes Dr. Nerenz in Cairo das Ritterkreuz zweiter Classe Allerhöchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 25. Mai d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Professor Dr. Kayser an der Universität Heidelberg das Ritterkreuz 1r Classe und dem Polizei-Inspektor Reichard zu Karlsruhe das Rit- terkreuz zweiter Classe Allerhöchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 18. Mai d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Bürgermeister Reich in Weingarten die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 26. Mai l. J. gnädigst geruht, den Postkontrolleur August Holzmann in Pforzheim zum Revisor bei der Direktion der Verkehrsanstalten zu ernennen.

## Telegramme.

† Worms, 31. Mai. Protestantenversam- lung. Ueber 20,000 Fremde anwesend. Den Ver- handlungen in der Dreifaltigkeitskirche wohnten Delegirte aus ganz Deutschland und auch aus Oesterreich und Frank- reich bei. Referent Schenkel betont gegenüber den Be- strebungen Roms die Nothwendigkeit einer Organisation des protestantischen Volkes. Nach ihm sprachen Schellen- berg, Holzendorff und Haase. Nach einer begeisterten Ermahnung des Vorgesetzten zur Annahme der Erklärung wird dieselbe einstimmig angenommen. Folgendes ist der wesent- liche Inhalt der Erklärung: Die Protestantenversammlung verwahrt sich gegen die in dem „apostol. Schreiben“ vom 13. Sept. 1868 an die Protestanten gerichtete Zumuthung, in die Gemeinschaft der römisch-katholischen Kirche zurückzukehren; erklärt als Hauptursache der religiösen Spaltung die hierar- chischen Irrthümer, insbesondere den Geist des Wirkens des Jesuitenordens, und erklärt schließlich alle auf die Begrün- dung einer hierarchischen Nachstellung der Geistlichkeit und auf ausschließliche Dogmenherrschaft gerichteten Bestrebungen in der protestantischen Kirche für eine Verlängnung des pro- testantischen Geistes und für Brücken nach Rom.

† Worms, 31. Mai. Protestantenversammlung. Ueber das protestantische Gemeindepriuz sprachen Ohly, Risco und Steinacker. Die aufgestellten Grundzüge wurden angenommen. Die Erklärung wurde auf dem Markt- platze nochmals verlesen und dann das Lutherlied abge- sungen.

† Florenz, 30. Mai. Das Privatkomitee der Abge- ordnetenkammer zur Berathung der Finanzgesetze hat den ersten Paragraphen betr. die Uebertragung des Dienstes der Schatzkammer an die Nationalbank verworfen. Der zwischen der Nationalbank und der Bank von Toskana vereinbarten Konvention hat das Komitee gleichfalls die Genehmigung verweigert.

† Florenz, 30. Mai. In Turin wurde der Minister Fer- raris mit 472 gegen Goppino (53 St.) gewählt. In Bo- logna erhielt Minister Minghetti 440, sein Gegenkandi- dat Generi 487 Stimmen, weshalb Ballotage erfolgt. In Lucca ist Mor dini gewählt.

† Konstantinopel, 29. Mai. Die heute erschienene „Turquie“ veröffentlicht einen Artikel über die Kapitula- tionen. Sie erinnert daran, daß solche ursprünglich ein freiwilliges Geschenk des Sultans Soliman waren, als er im Zenit seiner Macht stand; sie seien also keineswegs ein Zu- geständniß der Schwäche gewesen. Die Kapitulationen seien seitdem in Mißbräuche ausgeartet, sogar bis zum Protektorat christlicher Staatsangehöriger im eigenen Staate. Die 1856 versprochene Revision der Kapitulationen sei nicht erfolgt. Es sei Zeit, daß die Türkei der Welt gegenüber ihre Rechte als souveräner unabhängiger Staat behaupte und einen letzten Appell an die verbrüdereten Nationen wegen Verzichtleistung auf Ausnahmrechte richte, welche ein Hinderniß des Fort- schritts bilden. Im Fall der Ablehnung möge der Sultan die Aufhebung derselben aussprechen, damit das Land auf der vorgezeichneten Bahn selbst vorschreite.

## Deutschland.

Karlsruhe, 31. Mai. Ihre königliche Hoheit die Prin- zessin Heinrich der Niederlande, geb. Prinzessin von Sachsen- Weimar, ist heute Nachmittag 1 Uhr von Baden kommend zum Besuch bei der Großherzoglichen Familie eingetroffen und kehrte gegen 3 Uhr wieder dorthin zurück.

München, 29. Mai. (Bayr. Bl.) Eine Ansprache, welche der Bischof von Regensburg, Hr. v. Senestrey, in Schwandorf gehalten hat oder gehalten haben soll, wird in unseren Blättern seit acht Tagen vielfach besprochen. In dieser Angelegenheit bringt die heute hier eingetroffene Nr. 118 des „Regensburger Morg.-Blatt.“ folgende „amtliche Verichtigung“ der Staatsanwaltschaft:

In Nr. 114 des „Regensb. Morg.-Bl.“ vom 23. I. M. ist in dem Artikel, überschrieben: „Eine fortschrittliche Denunziation“, angeführt: es solle aus höheren Regionen an die hiesige Staatsanwaltschaft die Weisung ergangen sein, gegen den Bischof von Regensburg wegen angeblich in Schwandorf gemachter Äußerungen ihre Pflicht zu thun; die Staatsanwaltschaft aber solle keinerlei Ursache gefunden haben, sich mit dem „handgreiflichen Voren“ bloßzustellen. Diese Behauptung ist unrichtig. Ich kam einen oder zwei Tage nach der Anwesenheit des Bischofs von Regensburg selbst nach Schwandorf, wo mir von meh- reren Personen, an deren Glaubwürdigkeit schon ihrer Stellung nach nicht im geringsten zu zweifeln ist, ganz übereinstimmend erzählt wurde, daß der Bischof von Regensburg ihnen gegenüber bei Gelegen- heit einer Aufwartung unter Anderem geäußert habe: „Dem taurigen Zustand der Kirche könne nur durch Krieg oder Revolution ab- geholfen werden, die Kirche erkenne keine weltlichen Gesetze an, und besorge sie nur, weil die Gewalt hinter ihr stehe, und weil man sie außerdem pöden würde; die Kirche kenne nur göttliche Gesetze, und wenn der König aufhöre, von „Gottes Gnaden“ zu sein, so wäre er (der Bischof) der erste, der den Thron umstürzen würde.“ Wäre die Äußerung, statt in den Mauern des Pfarrhofs, öffentlich gemacht worden, so würde ich sofort die Einleitung einer strafrechtlichen Unter- suchung nach Art. 118 des Strafgesetzbuchs pflichtgemäß veranlaßt haben, ohne daß es einer höheren Weisung, die bisher nicht erfolgte, be- dürft hätte. — Der königl. erste Staatsanwalt. K. Leiner.

Nach dem angeführten Art. 118 können staatsgefährliche Äußerungen und Gerüchte nur dann strafrechtlich verfolgt werden und sind strafbar, wenn sie öffentlich vor einer Men- schenmenge oder mittelst eines Pressezeugnisses gemacht und resp. verbreitet wurden.

Der amtlichen Verichtigung des Staatsanwalts stellt der Bischof v. Senestrey eine weitläufige „Erklärung“ entgegen, worin er von ihm unterhobenen Sätzen spricht, „die sich nicht aus dem Zusammenhang greifen sind, und welche augenscheinlich auf Unwahrheit und Entstellung beruhen“, und von ihm in den Mund gelegten Behauptungen, „die, wie sie vorliegen, theils äußerst unverständlich, theils offenbare Irr- lehren sind.“ Hr. v. Senestrey hebt besonders folgende aus: 1) daß „die Kirche keine weltlichen Gesetze anerkenne“, 2) daß „die Kirche die weltlichen Gesetze nur besorge, weil die Gewalt hinter ihr stände, und weil man sie außerdem pöden würde“, und 3) daß „die Kirche nur göttliche Gesetze kenne“, und bezeichnet dieselben als unmöglich, weil den Lehren der hl. Schrift und der katholischen Kirche widersprechend. Der Bischof fährt dann fort:

Der letzte Satz aber der mir in den Mund gelegten Äußerung läßt zudem, im Zusammenhange mit den anderen, eine Deutung zu, welche meine Treue gegen Sr. Maj. den König zu verdächtigen geeignet ist, dem ich sie als Katholik und Bischof doppelt schuldig. Diese Beziehun- gen alle sind so arg und so ungläublich, sie stehen so sehr im Wi- derspruche mit meinen allbekanntesten öffentlichen Lehren und amtlichen

Thun, daß eben deshalb schon gewiß kein treuer und verständiger Ka- tholik, am allerwenigsten in meiner Diözese, durch sie irre wird. Den- noch darf ich nicht schweigen. Es ist meine Amtsehre als Bischof, meine Treue gegen die Kirche und den Landesfürsten durch jene staats- anwaltliche Veröffentlichung betroffen. Eine Vertheidigung gegen solche Verichtigungen kann Niemand erwarten, aber einen öffentlichen Pro- test schulde ich meinem Amte. Ich protestire also feierlich vor Gott, ich protestire vor dem apostol. Stuhle, welcher der Richter über die Reinheit meiner Lehre ist, ich protestire vor dem Klerus und dem katholischen Volke meiner Diözese, dessen Oberhirt und Lehrer ich bin, ich protestire vor der ganzen katholischen Welt, die ein Recht hat auf die kirchliche Treue eines jeden ihrer Bischöfe, ich protestire vor Sr. Maj. dem Könige, dessen Unterthan, und vor dem Vaterlande, dessen Bürger ich bin — gegen das unerhörte Verfahren, mir, einem kato- lischen Bischof, an dessen Glaubens- und Eidtreue nie der Schat- ten eines Zweifels haften, offenbare Irrlehren in den Mund zu legen, die ich mit der ganzen katholischen Kirche verwerfe, und die obenbe- zeichnete letzte angebliche Äußerung in ein Gewand zu kleiden, das zum Bedenken über meine Treue gegen Sr. Maj. den König Anlaß geben kann. Indem ich pflichtgemäß diesen feierlichen Protest erhebe, klage ich Niemanden an u. s. w.

Darmstadt, 29. Mai. (Fr. Z.) Eine an die Zweite Kammer der Stände gelangte Eingabe einer Anzahl Brauereibesitzer des Großherzogthums, die Besteuerung des Biers betr., bezweckt die Aufhebung der bei uns bestehenden sogenannten Kesselsteuer und Einführung der im Norddeutschen Bunde, bezw. in Preußen geltenden Brau- malzsteuer.

Berlin, 29. Mai. Reichstagsitzung vom 29. Mai.

Das Haus genehmigt in dritter Lesung die mit der Schweiz abge- schlossene Literarkonvention, erledigt eine große Anzahl Petitionen, die Branntweinsteuer betreffend, und wendet sich zur Spezial- diskussion über das Branntweinsteuer-Gesetz selbst. § 1 setzt die Er- hebungsart fest (Waischbottigsteuer, Branntwein-Materialsteuer, Fabrik- steuer). Abg. Sombart erklärt sich gegen die Fabriksteuer, weil sie zum Ruin der kleinen Brennereien führen müsse. Abg. Mi- nister Graf Jenyly rechtfertigt die Erhöhung der Steuer, bis er vom Präsidenten unterbrochen und darauf aufmerksam gemacht wird, daß in § 1 von der Steuererhöhung überall nicht die Rede sei. Redner zeigt sodann, daß die Fabriksteuer sich bei Pressfabri- ken, nicht aber bei Spiritusbrennereien empfehle. Abg. v. Saen- ger zeigt, wie die Macht der Verhältnisse schließlich dahin führen müsse, daß die Fabriksteuer eine obligatorische werde, und dann das Gewerbe in den Händen weniger konzentriert sein. Doch müsse diese Frage zum Auszuge gebracht werden und darum stimme er für die fakultativ-Fabriksteuer. Bundeskommissar Geh. Rath Scheele konstatiert, daß die preussische Regierung nur mit Widerstreben an die Fabriksteuer herangeraten ist, geht auf die Beschlässe der im vorigen Jahre niedergesetzten Kommission und deren Begutachtung der Appa- rate von Siemens und Halske ein. Er weist nach, welche unbeden- kliche Vorzüge theoretisch die Fabriksteuer habe, während die Waisch- steuer zu einer Materialverschwendung führe. Abg. v. Hennig er- kennt an, daß die Vorlage einem allgemein gefühlten Bedürfnis ent- spreche und Anspruch auf eine wirklich staatsmännische Arbeit machen könne. Redner tritt den Ausführungen der Vorredner entgegen, welche seiner Ansicht nach nur scheinbar der Fabriksteuer das Wort geredet haben.

§ 1 der Vorlage, welcher die drei Steuerforderungen der Waisch- bottigsteuer, Materialsteuer und Fabriksteuer hinstellt, wird fast ein- stimmig angenommen.

§ 2 will eine Steuererhöhung dahin einführen, daß fortan für jede 20 preussische Quart des Waischraums und für jede Ein- maßung vier Silbergroschen (statt wie bisher 3 Sgr.) erhoben wer- den sollen. Wegen die Steuererhöhung sprechen sich Graf Beckhus- Guc, Graf Solms-Laubach und Stumm, für dieselbe Graf Schulen- burg-Bechendorf und in bedingter Weise Gumbrecht aus. Es wird bei Namensaufruf die Fassung des ersten Abschnitts des § 2 in der Regierungsvorlage, d. h. die Steuererhöhung mit 202 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag der Abgg. v. Hennig, Sombart und v. Rabenau wird der bisherige Steuerfuß von 3 Sgr. eingestellt. Der zweite Absatz des § 2 wird in einer durch Amendements der Abgg. v. Hennig und v. Hoyerbed veränderten Fassung angenommen, wornach für kleinere Brennereien, die in einem Tage nicht über 900 Quart und im Lauf eines Kalenderjahres nicht über 178,200 Quart einmaßigen, nur 2½ Sgr. für 20 Quart Waischraum erhoben werden. Präsident Debrüß hatte zuvor die Erklärung abgegeben, daß ohne Erhöhung des Steuerfußes ein Ausgleich gegenüber der Einführung der fakul- tativen Fabriksteuer nicht möglich sei; da aber noch eine dritte Be- rathung erfolge, so liege in dem Ergebnis der Abstimmung über § 2 kein Grund vor, auf die weitere Berathung zu verzichten. Schließlich wurde zu § 2 eine Resolution des Abg. v. Karborff angenommen, durch welche der Bundeskanzler aufgefordert wird, mit dem Kaiser- lichen kurbirten Waischmesser Verjuche anzustellen, inwiefern derselbe geeignet sei, als Grundlage für die supplementäre Kontrolle der Fa- briksteuer auch für die Erhebung der Waischraumsteuer zu dienen, eventuell über dessen Einführung dem Reichstag eine Vorlage zu machen. Um 4½ Uhr vertagte sich das Haus, um Montag 11 Uhr in der Berathung der Steuervorlagen (Branntweinsteuer, Wechsel- stempelsteuer, Börsensteuer, Brau- und Malzsteuer) fortzufahren.

\* Berlin, 29. Mai, Abends. Ein anscheinend offiziöser Artikel der „Spener, Fig.“ hebt hervor, daß das neue Auf-

treten des hessischen Bevollmächtigten Hoffmann in der Reichstagsitzung vom 28. Mai den Gegnern der nationalen Entwicklung Deutschlands Muth machen würde. Der Artikel kann in der Rede nur Abneigung gegen das Bundesverhältnis erblicken. Zudem der Bevollmächtigte die Gültigkeit der Anordnungen des Bundespräsidiums ansieht, entspreche diese Haltung nur den Interessen einer Regierung, wenn sie diesen Bund als ein bedauerndes und zu verabschwendendes Institut ansehe. Hoffmann spreche von Mithstimmung in weiteren Kreisen. Der Artikel fragt, ob es nicht auch weite Kreise gäbe, in welchen die Gesamtpolitik des Ministeriums Dalwigk, in welchen überhaupt die verfassungsmäßige Unabhängigkeit der Kleinstaaten Mithstimmung hervorruft? Auch über die Existenz der Kleinstaaten haben verschiedene Ansichten ihre Berechtigung. Der Artikel schließt: Deutschlands Wehrverfassung hat von der Unabhängigkeit Hessens keinen Vortheil, während doch diese Unabhängigkeit durch die Bundesverfassung und durch Verträge verbürgt ist. — Gründe genug für den Bevollmächtigten dieser Regierung, die Rechte des Präsidiums, welche die Bundesverfassung zusichert, zu berücksichtigen.

**Berlin, 29. Mai.** Die „Kreuz. Ztg.“ schreibt:

Das Domkapitel zu Freiburg in Baden soll nach Zeitungsnachrichten Willens sein, zur Wahl für die Bezeichnung des Erzbischofs Stuhls ohne Rücksicht auf die Einwendungen zu schreiten, welche von der badischen Regierung gegen die vom Kapitel auf die Wahlliste gesetzten Persönlichkeiten gemacht worden sind. Um diesen angeblichen Entschluß, welcher den Vereinbarungen zwischen den Regierungen der oberheinischen Kirchenprovinz und dem römischen Stuhle über die Bischofswahlen entgegenstehe würde, zu begründen, läßt jenes Gerücht das Kapitel zu Freiburg nur einer angeblich von Rom erhaltenen Weisung Folge leisten.

Wir halten das erste Gerücht für sehr unwahrscheinlich und das letztere für unmöglich.

Diese Angelegenheit berührt die Staatsinteressen Preussens nicht minder als diejenigen Badens, weil zur Freiburger Diözese die Hohenzollernschen Lande und zur oberheinischen Kirchenprovinz die Suffraganbistümer zu Elmberg und Fulda gehören. Vergegenwärtigen wir uns das Sachverhältnis.

Nach dem Ableben des Erzbischofs Hermann v. Vicari hatte das Freiburger Kapitel eine Wahlliste der badischen Regierung eingereicht, auf welcher diese nur einen Namen als ihr „nicht ungenehm“ (persona non minus grata) bezeichnen konnte. Die Regierung forderte demnach die Ergänzung der Liste durch andere Namen, um die Möglichkeit der Wahl herzustellen. Vom Kapitel ist diese Ergänzung bis jetzt abgelehnt worden. Wenn schon diese Weigerung, die Wahlliste zu ergänzen, große Bedenken erregt, so halten wir die dem Kapitel zugeschriebene Absicht, nun auch wirklich die Wahl einer der Regierung nicht genehmen Persönlichkeit zum Bischof vorzunehmen, im Hinblick auf die Anordnungen der Bulle „Ad Dominici gregis custodiam“ vom 11. April 1827, welche die Verhältnisse der oberheinischen Kirchenprovinz regelt, geradezu für unmöglich. Eine solche Handlung wäre ungesetzlich, sie würde einen Bruch mit der Staatsgewalt provozieren und beim römischen Stuhle keine Billigung finden können.

In dieser Bulle ist in Beziehung auf die Bischofswahlen festgesetzt, daß innerhalb eines Monats nach Erledigung des bischöflichen Stuhles das Kapitel diejenigen Namen der zum Diözesanlerbischof gehörigen Kandidaten, welche ihm zur Wahl würdig scheinen, zur Kenntniß des Landesherren zu bringen habe. „Wenn aber irgend einer aus den Kandidaten dem Souverän nicht genehm (minus gratus) sein sollte, so wird das Kapitel ihn aus der Liste streichen, so doch, daß eine hinreichende Anzahl übrig bleibe, aus welcher der neue Bischof gewählt werden könne.“

Neben dieser Bulle ist das Freiburger Kapitel noch durch ein päpstliches Breve vom 28. Mai 1827 (nach seinen Anfangsworten „Rescriptum“) in Uebereinstimmung mit dem Breve „Quod de Adellum“, welches an die preussischen Kapitel erlassen wurde, in folgender Weise instruit worden: „Eure Pflicht wird es sein, Solche zu berufen, von denen ihr vor dem feierlichen Akt der Wahl wisst, daß sie neben den übrigen durch das kirchliche Recht vorgeschriebenen Eigenschaften auch durch das Lob der Klugheit empfohlen werden, und dem durchlauchtigsten Fürsten nicht ungenehm (minus gratus esse) seien.“

Dieses Breve, welches die Regierungen der oberheinischen Kirchenprovinz in Rom gefordert hatten, um jede Möglichkeit auszuschließen, daß eine der Regierung ungenehme Person zum Bischof gewählt würde, war von Sr. H. dem Papste zu eben diesem Zwecke zugestanden.

Daß diesen völlerrechtlich vereinbarten Bestimmungen gegenüber der römische Stuhl nicht eine entgegengesetzte Anweisung dem Freiburger Kapitel geben wird und gegeben haben kann, ist selbstverständlich.

Daß ferner das Kapitel ohne Rücksicht auf den Landesherren nicht eigenmächtig zu einer Wahl schreiten darf, ist eben so sicher. Der Gewählte würde vorausichtlich die päpstliche Weisung gar nicht erhalten.

Das Kapitel wird korrekt handeln, wenn es die der badischen Regierung genannten Namen so lange ergänzt und vermehrt, bis diese eine Anzahl als genehm bezeichnet, aus welcher eine Wahl möglich ist.

Wir möchten, die katholische Kirche hätte in unseren Tagen wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als Streitigkeiten mit der weltlichen Macht über den Wahlmodus vom Baune zu brechen. In Bayern werden alle Bischöfe vom Könige, in Oesterreich der größte Theil der Bischöfe vom Kaiser ernannt. Das sollte des Freiburger Kapitels nicht vergessen.

**Berlin, 30. Mai.** Morgen begibt sich der Kronprinz zur Fortsetzung der Truppenbesichtigungen wieder nach der Provinz Pommern. — Se. Königl. Hoh. der Admiral Prinz Adalbert ist zu Flotten-Inspektionen nach Kiel gereist. Wie verlautet, werden die für dies Jahr angeordneten größeren Manöver des Panzergeschwaders um die Mitte des Monats Juni in der Nordsee beginnen. — Der Kapitän zur See Klatt, Direktor des Marine-Depots in Kiel, ist von dieser Stelle entbunden und zum Kommandanten der Panzerfregatte „Prinz Friedrich Karl“ ernannt worden. Seinen bisherigen Posten in Kiel hat der Korvettenkapitän Berger erhalten, welchen im Kommando der Fregatte „Niobe“ der Korvettenkapitän Grapow ersetzt. Der Oberverst-Direktor in Danzig, Korvettenkapitän Werner, ist zum Kommandanten der Panzerfregatte „Kronprinz“ ernannt. Die Geschäfte der Danziger Werftdirektion

sind einstweilen dem Korvettenkapitän Livonius übertragen.

Die Bevölkerungszahl, welche den jetzigen Abrechnungen des Zollvereins zu Grund gelegt wird, beträgt 38 Mill. 301,944 Menschen. Im Lauf des Jahres 1868 sind dem Zollverein Ländergebiete mit 789,812 Einwohnern hinzugezogen. Diese konnten aber bei den Abrechnungen noch nicht vollständig zur Geltung kommen, weil sie zum Theil erst spät in den Verein aufgenommen wurden. Der Norddeutsche Bund zählt 29,434,316 Einwohner; Luxemburg, Bayern, Württemberg, Baden und die hessischen Provinzen Starkenburg und Rheinhessen zählen zusammen deren 8,807,628. Der preussische Staat mit Einschluß Rauenburgs hat 24 Mill. 478,210 Einwohner.

Dem Zentralbureau des Zollvereins ist eine das Jahr 1867 umfassende Hauptübersicht über den vereinsländischen Handel aufgestellt worden. Nach derselben fand der internationale Verkehr zu Lande vorzugsweise mit Oesterreich, Rußland und Polen, Frankreich, den Niederlanden und Belgien statt. Von Oesterreich gingen ein: 21 Millionen Ztr. Waaren, 25 Mill. Scheffel Getreide, 187,000 Schiffslast Holz, 778,000 Stück Vieh u. Es gingen dorthin aus: 15 Millionen Ztr. Waaren, 1 1/2 Mill. Scheffel Getreide, 27,000 Schiffslast Holz, 25,000 Tonnen Häringe u. Von Rußland und Polen kamen 2 Millionen Ztr. Waaren, 6 Millionen Scheffel Getreide, 768,000 Blöcke, 290,000 Schiffslast Holz, 345,000 Stück Vieh. Es gingen dorthin aus: 8 Millionen Ztr. Waaren u. Aus Frankreich kamen 6 Millionen Ztr. Waaren. Dorthin ausgeführt wurden u. A.: 34 Millionen Ztr. Waaren, 3 Millionen Scheffel Getreide, 605,000 Stück Vieh.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 29. Mai.** Der Bizekönig von Egypten traf heute Abend 9 Uhr hier ein. Derselbe wurde am Bahnhofe vom ersten Generaladjutanten des Kaisers, Grafen Bellegarde, und anderen Notabilitäten begrüßt.

**Wien, 29. Mai.** Zur Annäherung einer Verständigung über die Stellung, welche die theilnehmenden Mächte der von der Pforte in Aussicht genommenen Aufhebung der Kapitulationen gegenüber einzunehmen hätten, haben in den letzten Wochen zwischen Paris und St. Petersburg Erörterungen stattgefunden, die schließlich weit aus den Rahmen der ursprünglichen Spezialfrage herausgetreten sind, nachdem sich im Laufe der Verhandlung überraschende Anknüpfungspunkte für die Lösung der orientalischen Frage im Allgemeinen dargeboten. Ich kann Ihnen zunächst nur diese Andeutungen geben, aber die vorzügliche Quelle, aus welcher ich dieselben schöpfe, glaubt sofort hinzuzufügen zu dürfen, daß der Inhalt der Verhandlungen auch nach der gedachten Richtung hin, d. h. im Orient, wesentliche Bürgschaften für den Frieden zu bieten geeignet sei.

**Wien, 30. Mai.** Die Reise des Bizekönigs von Egypten dürfte wesentlich den Zweck haben, die europäischen Mächte für den Grundgedanken der unbedingten Neutralisirung des Suez-Kanals zu gewinnen. Vorläufige Eröffnungen in dieser Richtung sollen seiner Ankunft schon vorausgegangen sein.

Ueber das Attentat in Livorno erfährt man, daß die Verwundung des Grafen Renneville nicht weniger als leicht ist. Der eine Augenthromb und das Nasenbein sind erheblich verletzt und unterhalb des zweiten Auges hat die Gewalt des Stoßes ein ganzes Stück Fleisch herausgerissen. Nur der Umstand, daß der Verwundete, gerade als der Stoß erfolgte, zufällig den Kopf wendete, mag ihn vor dem sichern Tode bewahrt haben.

**Prag, 29. Mai.** Die für den 6. Juni auf dem Mysokaberge angelegte Volksversammlung wurde von der Bezirkshauptmannschaft in Kuttendorf verboten, weil einer der Programmpunkte die Veranstaltung von Waffenübungen, angeblich wegen der Verwicklungen im Auslande, empfiehlt.

**Kraakau, 29. Mai.** Nach hier eingetroffenen Wiener Berichten hat Fürst Sapieha in der gestrigen Audienz von Sr. Majestät dem Kaiser seine Entziehung von der Landmarschallwürde verlangt. Der Kaiser hat dem Fürsten von diesem Schritte abgerathen. — Das galizische Landtagsgesetz über die Aufsicht in den Volksschulen wird die Sanktion des Kaisers erhalten.

### Schweiz.

**Schaffhausen, 28. Mai.** Der Große Rath hat alle 63 Landrechtsgesuche angenommen, aber eine Kommission ernannt zur Prüfung des Gemeindegesetzes und beschloffen, bis zur Erledigung kein Gesuch von nicht hier wohnenden ausländischen Neubürgern anzunehmen.

**Schaffhausen, 29. Mai.** (Bund) Der Große Rath hat 20,000 Fr. votirt für die Rheinkorrektion und den Brückenbau bei Rüdlingen. Wegen eines Schaffhauser Artikels im „Handels-Kurier“ wurde im Großen Rath interpellirt. Zum Regierungspräsidenten wurde gewählt Hallauer, zum Großenrathspräsidenten Stamm.

### Italien.

**Florenz, 27. Mai.** (A. Z.) Die drei Konventionen, welche der Finanzminister dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt hat, enthalten nur wenig, was nicht bereits aus dem am 21. April erstatteten Finanzbericht bekannt wäre. Die erste der drei Konventionen, welche das Datum vom 24. Mai trägt, betrifft die Uebertragung des Kasienwesens an die Nationalbank und die Bank von Neapel, die Vermehrung des Kapitals der Nationalbank und die Rückkehr zur Metallzirkulation. Das Kasienwesen in elf der neapolitanischen Provinzen soll der Bank von Neapel, im übrigen Staatsgebiet der Nationalbank übertragen werden, und zwar vom 1. Jan. 1870 an. Von dieser Maßregel hofft der Minister eine bedeutende Vereinfachung der Verwaltung und Erleichterung der Finanzen. Das Kapital der Nationalbank, welches gegen-

wärtig 100 Mill. beträgt, wird um andere 100 Mill. erhöht, und diese letzteren werden als Garantie in der Staatskasse niedergelegt. Die zweite Konvention betrifft die Verschmelzung der toskanischen Bank mit der Nationalbank; die dritte mit der Gesellschaft für den Verkauf der Staatsgüter abgeschlossene betrifft die Veräußerung der noch übrigen Kirchengüter und die Antizipation von 300 Mill. Der Finanzminister erklärt in dem Bericht, welcher den Gesetzentwurf bezüglich der Genehmigung der drei Konventionen begleitet, dieselben für untereinander untrennbar verbundene: der Uebergang des Kasienwesens an die Banken werde, so sagt er, die Rückkehr zur Einwechslung der Banknoten erleichtern; aber dies könne nicht geschehen, ohne daß die Operation mit der Staatsgütergesellschaft die Mittel liefere zur Zahlung des Guthabens der Nationalbank. Das Schicksal, welches die Konventionen in der Kammer haben werden, läßt sich heute nicht voraussagen.

**Florenz, 28. Mai.** Das genueser Eisenbahnkomitee hat nach dem „Movimeto“ mit dem schweizerischen Gotthardkomitee ein Uebereinkommen getroffen, auf folgenden Grundlagen:

1) Das genueser Eisenbahnkomitee tritt dem Programm des Gotthardkomitee bei, unter der Bedingung, daß in demselben höhere Steigungen, als wie sie in den Entwürfen und Plänen der italienischen Kommission vom Jahr 1865 vorgesehen sind, vermieden werden. Das Komitee von Genua glaubt nämlich, daß die geringere Tunnellänge und die kürzere Bauzeit beim System Zell oder Maggis die größern Schwierigkeiten des Betriebs in der höhern Region und bei starken Steigungen nicht aufwiegen.

2) Das Kapital der sich bildenden Gotthardgesellschaft darf nicht unter 180 Mill. betragen; 90 Mill. Subsidien à fonds perdus; 60 Mill. in Aktien und 30 Mill. in Obligationen der Gesellschaft.

3) Das Komitee von Genua übernimmt die Beschaffung folgender Geldmittel: 30 Mill. Subsidien von der italienischen Regierung; 10 Mill. von interessirten Gesellschaften und Korporationen; 10 weitere Mill. von der oberitalienischen Eisenbahn Gesellschaft. Ueberdies sollen in Italien mindestens 15 Mill. Aktien von Privaten gezeichnet werden. Das Gotthardkomitee präsentiert die bereits effektuirte Zeichnung von 31 Mill. Aktien und verspricht 40 Mill. Subsidien von den Schweizerantonen, Preußen und Baden.

**Florenz, 29. Mai.** Die als Komitee zusammengetretene Kammer diskutiert die Vertragsvorschläge bezüglich des Staatsguthabens und der Operationen über die Nationalgüter. Nach lebhaften Debatten wird mit 100 gegen 90 Stimmen beschloffen, zur Diskussion der Artikel überzugehen. Die Kammer hat die Diskussion des Budgets des öffentlichen Unterrichts beendet und ohne Diskussion die Artikel des Einnahme-Budgets genehmigt.

**Rom, 29. Mai.** Die Ratifikationen des unlängst zwischen dem hl. Stuhl und dem Norddeutschen Bund abgeschlossenen Postvertrags sind ausgewechselt worden. Der Vertrag wird gleichzeitig in Rom und in Berlin promulgirt werden. — Der König und die Königin von Neapel haben sich heute auf dem „Pausilippe“ eingeschifft, um sich über Frankreich nach Bayern zu begeben.

**Rom, 29. Mai.** Franz II. und die Königin Sophie sind nach Civita Vecchia abgereist und werden sich nach Deutschland begeben, um dort Wälder zu brauchen. Sie werden im Laufe des Monats September wieder nach Rom zurückkehren.

### Frankreich.

**Paris, 30. Mai.** Der „Constitutionell“ will wissen, daß die Abreise des Hofes nach Fontainebleau bis nach den Ballotagenwahlen verschoben worden ist. Die Verhandlungen der französisch-belgischen Kommission werden demselben Blatte zufolge Montag oder Dienstag beginnen und bei der Eröffnungssitzung wird der Minister des Auswärtigen den Vorsitz führen.

Das „Public“ glaubt zu wissen, daß noch nichts entschieden sei betreffs der Einberufung des Gesetzgeb. Körpers zu einer Session behufs Prüfung der Vollmachten. Die Sache sei in den letzten Ministerrathssitzungen zur Sprache gebracht worden und man habe die Entscheidung bis nach den Ballotagenwahlen verschoben.

Der „Peuple“ bringt einen von Clement Duvernois unterzeichneten Artikel über die Wahlen, welcher sich für die Beibehaltung des bestehenden Zustandes ausspricht und damit schließt, das Nöthigste in diesem Augenblicke sei nicht ein Zuwachs an Freiheit, sondern die Annahme einer festen, bestimmten und entschlossenen Politik nach innen und nach außen. Die Regierung dürfe nicht den Schein haben, zu schwanken zwischen denen, die sie nach rechts, und denen, welche sie nach links ziehen. Es sei nöthig, daß die Hand des Kaisers sich fühlen lasse. Fern davon Denjenigen Gehör zu geben, die ihm rathen, sich in eine eingebildete Unverantwortlichkeit zu stützen, müsse er im Gegentheil mehr als je selbst regieren; aber er müsse in einem liberalen, demokratischen und nationalen Sinne regieren. Das sei seine eigene Inspiration und der Wunsch des Landes. Aber vor Allem müsse er selbst regieren mit Festigkeit und Entschlossenheit, das sei unerlässlich.

Das Kaiserthum ist eine Regierung der That, und deshalb ist es Frankreich angemessen, welches vor Allem das Land der That ist. Deshalb, weil Napoleon eine Regierung der That hatte, hat Frankreich sein Andenken bewahrt, trotz der begangenen Fehler, und weil das Kaiserthum seit 1863 weniger eine Regierung der That ist, hat die Opposition Fortschritte gemacht; nur indem das Kaiserthum wieder in seinen eigenen Worten einleitet, eine große Initiative ergreift und handelt, wird es den Strom zu seinen Gunsten lenken, der scheinbar gegen dasselbe gerichtet ist.

Der „Moniteur“ hält seine Behauptungen bezüglich einer bevorstehenden Aumung des päpstlichen Gebietes von Seiten der französischen Truppen im September trotz des Dementis des „Officiell. Journ.“ aufrecht. „Wir wollen die Ereignisse abwarten“ — fügt er bei.

### Spanien.

**Madrid, 29. Mai.** (Cortes-Sitzung.) Ein Vor-

schlag des Hrn. Bolaguer, der darauf hinausläuft, den Generales, Offizieren und Unteroffizieren, die unter der vorigen Regierung verbannt waren, ihren vollständigen Sold für die ganze Dauer ihres Exils auszusahlen, wird in Betracht gezogen. Hr. Sagasta kündigt an, daß die Wahlen für die Provinzialdeputationen nächstens stattfinden werden. Der Finanzminister erklärt auf eine Interpellation, daß die Königin Isabella 36 1/2 Millionen Reales schuldet. Auf eine weitere Interpellation antwortend, sagt der Fontenot-Minister, daß unter der gestürzten Regierung 745 Gemälde von sehr großem Werth aus den Museen verschwunden seien. Diese Erklärung macht auf die Kammer einen sehr tiefen Eindruck. Auf den Vorschlag des Abg. Arias ernannt die Kammer eine Kommission, die damit beauftragt ist, alle Handlungen des ehemaligen Ministers zu untersuchen, welche auf die Finanzen und auf das Staatseigentum Bezug haben.

\* Madrid, 29. Mai. Das Gerücht von in Spanien ausgebrochenen Unruhen, welches Pariser Blätter gebracht haben, ist grundlos. In Sevilla hat durchaus keine Unordnung stattgefunden; in Malaga kam es zu einigen Ausläufen, die aber gleich wieder auseinanderging.

### Schweden und Norwegen.

Christiania, 21. Mai. Der Staatsrevisor Johnson hatte im Storting einen Vorschlag, betreffend die Abschaffung der Todesstrafe, eingebracht. Das Justizkomitee hat jetzt sein Gutachten abgegeben, welches die Abschaffung der Todesstrafe oder wenigstens eine Einschränkung derselben im Allgemeinen befürwortet und dieselbe nur als Alternative neben lebenslänglicher Strafarbeit für Mord, Landesverrätherie und einige andere namhaft gemachte Verbrechen gestellt wissen will. Die Behandlung dieses Gutachtens wird jedoch erst im nächsten Storting stattfinden.

### Großbritannien.

\* London, 28. Mai. Die vierzehntägige Übungsfahrt der Flottenreserve ist vorüber und hat mit einer Musterung der Mannschaften vor dem Marineminister und dem kommandierenden Admiral geschlossen. Die eingestellten Mannschaften, welche alle freiwillig sich zu dieser Fahrt gemeldet hatten, haben dem Vernehmen nach ihre Pflicht in einer Weise gethan, welche den Offizieren der verschiedenen Schiffe sowie den Beobachtern vom Range alle Anerkennung abgedingt haben. Man hat sich allgemein überzeugt, daß 4 Wochen hindereichen würden, um aus diesen Mannschaften der Handelsmarine die besten Besatzungen für die aktive Flotte im Kriegsfalle zu bilden.

Aus Irland meldet heute der Telegraph wiederum von zwei agrarischen Verbrechen. In Rathcormac, Grafschaft Waterford, wurde der Gutspächter Whelan, dem unlängst von 3 Kerlen mit geschwärzten Gesichtern ein Eid schwur abgenommen worden war, seine Nacht aufgeben zu wollen, abermals unter ganz ähnlichen Umständen angegriffen und mit Steinen zu Tode geschlagen. Einer feuerte noch überdies einen Schuß auf ihn ab. Aus der neuerdings nur gar zu häufig in Verbindung mit agrarischen Freveln erwähnten Grafschaft Tipperary wird die zweite Morthat gemeldet. Ein Pächter aus der Nähe von Carrickon-Suir wurde mit zertrümmertem Schädel auf der Straße gefunden. Eine verdächtige Person befindet sich bereits in Haft.

### Protestantenversammlung in Worms.

\* Worms, 30. Mai. Die große Versammlung süddeutscher Protestanten kündigt sich unter großartigen Auspizien an. Von beinahe 100 Gemeinden sind bereits Delegierte angelündigt. Schon die Vorversammlung der letzteren, welche diesen Abend stattfand, gestaltete sich zur zahlreichen Versammlung. Unter den Delegierten befinden sich auch Abgeordnete aus Berlin, Hamburg, Bremen, Halberstadt, selbst Oesterreich und Pfalz sind vertreten. Die Vorversammlung, welche unter dem Präsidium Dr. Schenkels tagte, wählte Bluntzschli aus Heidelberg zum ersten, Dr. Schreiber aus Worms zum zweiten Präsidenten für die morgige Versammlung. Die vom Ausschuss vorgeschlagene Tagesordnung, sowie die von den Rednern vorgelegten Thesen werden einstimmig genehmigt. Der erste Redner wird Dr. Schenkel sein; seine Rede wird eine Erklärung gegen das sogenannte „apostol. Schreiben“ des Papstes Pius IX. vom 13. Sept. 1868, welches die deutschen Protestanten zur Rückkehr in die römische Kirche auffordert, und gegen die „ultramontanen Angriffe und Annahmen“ betreffen. Als zweiter Redner wird Advokat Dr. Ohly von Darmstadt das evangelisch-protestantische Gemeindeprinzip besprechen. Wenn die Thesen von der Versammlung in der Dreifaltigkeitskirche, welche schwerlich die zu erwartende Menschenmasse fassen wird, angenommen sein werden, sollen sie auf öffentlichem Marktplatz (aus Schornung für die Anlagen nicht vor dem Kaiser-Denkmal) noch einmal durch den Präsidenten promulgirt und darauf das Luther-Lied von der ganzen Versammlung abgejungen werden. Die Erwartungen für morgen sind ganz außerordentlich; nach den Anmeldungen müssen 10-12,000 Menschen erwartet werden.

\* Worms, 30. Mai, Abends. Zu der morgen stattfindenden Protestantenversammlung sind bereits zahlreiche Gäste eingetroffen. Die Straßen und Häuser sind mit Fahnen geschmückt, vorwiegend sind die heffischen und die norddeutschen Bundesfarben. Anwesend sind bis jetzt die H. Bluntzschli, Schenkels, Holzendorff, Eickow, Bittel und Schellenberg von Heidelberg, Mandot von Bremen, Presenius von Wiesbaden, Thudichum und Ohly von Darmstadt, sowie zahlreiche Geistliche. Eine heute Nachmittag im Kasino abgehaltene Vorentscheidung beschloß mehrere Änderungen des Programms. Heute Abend Beleuchtung der Dreifaltigkeitskirche und morgen Vormittag 10 Uhr Zug nach derselben vom Kasino aus.

9 Uhr. So eben wird die Dreifaltigkeitskirche mit bengalischer Feuer beleuchtet.

### Vermischte Nachrichten.

\* Wesel, 28. Mai. Heute Vormittag hat in dem hinter der Zibelle gelegenen Laboratorium eine Explosion stattgefunden, während 100 Mann mit Patronenmachen beschäftigt waren, Davon

wurden 8 verwundet, wovon 5 schwer und 3 leichter; getödtet wurde keiner. Ueber die Entstehung des Unglücks ist noch nichts festgestellt.

— Köln, 28. Mai. Der Verwaltungsrath der rheinischen Eisenbahn schlägt der morgenden Generalversammlung 7 1/2 Proz. Dividende vor.

— Bremen, 29. Mai. Der hier zu seiner Jahresitzung versammelte Ausschuss der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat die Anzeige erhalten, daß sich die letzten beiden Sondervereine zu Hamburg und Stolpmünde der Gesellschaft als Bezirksvereine angeschlossen haben.

— Zwischen Frau Rossini und dem Dichter Pacini herrscht ein Zerwürfniß, das die Gesellschaft der Schriftsteller und Kausaler in Paris auszutragen haben wird. Die Wittve Rossini hat den Nachlaß ihres Mannes, 160 Musikstücke, verkauft; Pacini, welcher zu den meisten den Text geschrieben, verlangt selbstverständlich eine Beteiligung an diesem Verkaufsgeschäfte. Frau Rossini weigert sich, etwas auszugeben, und behauptet, Pacini's Manuskripte seien ohne die Musik ihres Mannes wertlos. Dieser aber will durchaus seine gerechtfertigten Ansprüche geltend machen.

\* London, 27. Mai. Dem Derby-Rennen, welches gestern seinen 90jährigen Geburtstag feierte, folgt heute zum ersten Mal ein Wettrennen eigenthümlicher Art: ein „Bélocipède-Derby“ im Krysallpallast, welches heute von mehr als 40 dieser Fortschrittjünger gerannt werden wird. Die Preise für die Sieger repräsentieren einen Werth von nahezu 50 Pf. St.

Der Riefenballon, welcher dieser Tage ohne Wissen seines Eigentümers zu einer längeren Spazierfahrt durchgebrannt war, ist in Nieseburg — von einigen unbedeutenden Beschädigungen abgesehen — wohlbehalten wieder eingegangen worden, nachdem das lange herabhängende Kabel sich in einigen Bäumen verwickelt hatte, und dort von einigen 50 herzeulenden Bauern festgehalten wurde.

### Badische Chronik.

Karlsruhe, 31. Mai. Das heute erschienene Verordnungsblatt der Direktion der Großh. Verkehrsanstalten Nr. 23 enthält eine Bekanntmachung, die Regelung der Postkurse nach Maßgabe der Eisenbahnfahrts-Ordnung vom 1. Juni d. J. ab.

\* Karlsruhe, 31. Mai. In dem Befinden des schwer erkrankten Generaldirektors des Großh. Hoftheaters, Dr. Eduard Devrient, ist eine Besserung eingetreten, die gegründete Aussicht auf glückliche Wiedergenesung desselben gibt. Die Freunde der Kunst werden sich freuen, daß unserem Theater die bewährte Leitung erhalten bleibt, die ihm eine hervorragende Stellung unter den ähnlichen Kunstanstalten Deutschlands erworben hat. Wir fügen bei, daß Hr. E. Devrient von dem edlen menschlichen Antheil, den Se. Königl. Hoheit der Großherzog an dem schweren Leiden nimmt, das ihn an's Krankenbett fesselt, in diesen Tagen durch persönliche Anwesenheit höchstselbst in der Wohnung des Erkrankten einen eben so rührenden als erhebenden Beweis erhalten hat.

\* Karlsruhe, 31. Mai. Hr. Polizeinspektor Reichard da hier, welcher jüngst sein 25jähriges Dienstjubiläum als mit Staatsdiener-Eigenschaft angestellter Polizeibeamter in Gesellschaft seiner hiesigen und auswärtigen Amtsgenossen gefeiert hat, erhielt gestern aus der Hand des Hrn. Stadtdirektors v. Neubronn in feierlicher Weise und in Anwesenheit des gesamten Beamten- und Dienstpersonals des Großh. Bezirksamts das Ritterkreuz 2. Klasse des Sächsischen Löwen-Ordens, das ihm Se. Königl. Hoheit der Großherzog in Gnaden verliehen hat.

Mannheim, 29. Mai. (Fr. J.) Der an Stelle des Hrn. Theodor Göpp zum französischen Konsul erster Klasse und Rheinischschiffahrts-Bevollmächtigten ernannte Hr. v. Zellner hat seine Funktionen hier angetreten.

— Eine auf vorigen Freitag Abend zu Mosbach einberufene Versammlung der national-liberalen Partei war von wenigstens 250 Personen besucht. Dieselben erklärten einstimmig ihre Zustimmung zu der in Offenburg beschlossenen Adresse an Se. Königl. Hoheit den Großherzog, sowie zu einem Vertrauensvotum für das Ministerium.

— Vorigen Sonntag, 23. Mai, fanden zu Sandweier und Dos ultramontane Volksversammlungen statt, bei denen die bekannte Adresse empfohlen wurde und zusammen gegen 200 Unterschriften erhielt. — Eben solche Versammlungen fanden am nämlichen Tage statt zu Buchen und Singheim, sowie einige Tage später zu Waldhausen, A. Buchen. Inzwischen war von allen diesen Versammlungen nur die Buchener erheblich besucht (durch etwa 250 Personen, von denen die Mehrzahl dem dortigen kath. Männerverein angehörte).

— Ein zu Baden-Baden wohndes Frauzimmer aus Jorbach, welche schon eine mehrjährige Suchhausstrafe auszuhalten hatte, machte dieser Tage den Versuch, ihr bei einer dortigen Frau in Pflege gegebenes Kind durch Hineinbringen von Phosphor in den „Schlozer“ zu vergiften. Der Versuch gelang auch theilweise, wurde jedoch noch rechtzeitig entdeckt und die unnatürliche Mutter den Gerichten übergeben.

— Unweit Rheineim ist ein der Wuthkrankheit dringend verdächtiger Hund erschlagen worden, welcher mehrere Hunde gebissen hatte. Die nöthigen Maßregeln wurden alsbald getroffen.

X Jilena, 30. Mai. Am Nachmittag des 28. bewogte sich ein Trauerzug zum Allener Friedhof und setzte einen reichgeschmückten Sarg unter ersten Klängen in das stille Grab; mitten unter den Leidtragenden Ihre königliche Hoheit die Frau Großherzogin Luise selbst, mit fürstlicher Huld die Schwester der Heimgegangenen auf dem schweren Gang stehend. Der Sarg umschloß die irdische Hülle unserer Oberaufseherin Freifräulein Elise v. Ungern-Sternberg, die uns unerwartet rasch entzissen wurde. Am Abend des 25. kaum über leichtes Unwohlsein klagend, ward sie am Morgen des 26. von einem Schlaganfall getroffen, und trotz der angestrengtesten Bemühungen der rasch herbeigeeilten Aerzte war das theure Leben um 8 Uhr früh entschwunden. Ein reiches Leben, in stiller Kreise wirkend, ist mit diesem Tod von uns geschieden und hat unserer Ansicht eine schmerzliche, schwer zu ersetzende Lücke zurückgelassen. Die Heimgegangene war mit seltenen Gaben ausgerüstet. In ihr wohnte ein Geist, der für alles Hohe und Edle offen stand, mit raschem Blick erkannte, was im Menschen ist und mit seltener Umsicht zu leiten und zu ordnen verstand; ein Gemüth, das mit der ganzen Kraft seiner reichen Liebe den Kranken sich hingab und keine höhere Lust kannte, als diesen des Leidens Bürde zu erleichtern; dazu eine

Kraft unermüdblicher Treue und Ausdauer, die nur zu oft vergaß, daß der Geist in jarter Hülle wohnte.

Schon ihr Entschlaf vor 13 Jahren, in den Diensten der Anstalt zu treten, ist als eine überaus werthvolle Errungenschaft unserer Zeit zu bezeichnen, weil ihm der Gedanke zu Grunde lag, daß die Krankenpflege eine Aufgabe sei, hoch und würdig genug, um eines reich begabten Lebens ganze Kraft daran zu setzen. Ihr Wirken ist unter denen, welche mit Jilena in Beziehung stehen, so bekannt, daß es keiner Worte bedarf. Viele Kranke und Genesene in der Nähe und Ferne segnen die Hand, die sie mit so großer Liebe gepflegt hat. Vielen Sterbenden ist sie bis zur Stunde des letzten Kampfes mit unermüdblicher Treue zur Seite gestanden. Gott lohne ihr im Himmel, was sie an den Kranken auf Erden gethan hat! Er helfe auch die große Lücke ausfüllen, welche durch ihren Hingang auf unserem ersten, schwersten Arbeitsfeld entstanden ist!

— Zu Ettenheim wurde vorigen Sonntag ein Musikfest abgehalten, an welchem sich 9 Musikvereine aus den Kemtern Ettenheim, Lahr und Kenzingen theilnahmen.

— Thiengen, 30. Mai, Abends 6 Uhr. Trotz der Regen heute in Strömen fiel, ungeheurer Jubel zur stattgehabten Versammlung der Nationalen. Gegen 500 Männer füllten die Versammlungsräume. Die H. Kreisgerichts-Präsident Martin und Bär, sowie Kaufmann Ruf von Kappelburg und noch ein Bürger sprachen vortrefflich, oft vom Beifallsturm unterbrochen. Von St. Blasien Telegramm der dortigen Gefinnungsgenossen. Einstimmige Annahme der Offenburger Resolution. Näheres morgen.

X Billingen, 28. Mai. Die Frage wegen Anstellung des Musik-Wanderlehrers zur Hebung der Musikwerk-Industrie des Schwarzwaldes ist noch nicht endgiltig erledigt. Auf das Ausschreiben des Kreis-Ausschusses hatten sich vier Bewerber gemeldet. Das Großh. Handelsministerium hatte einen derselben, den Musiklehrer Zipfel in Kolmar, einen Landsmann, besonders empfohlen, und ist die Wahl des Ausschusses auf ihn gefallen. Nach längeren Verhandlungen hat aber Hr. Zipfel abgelehnt, hauptsächlich weil die ihm angebotene Stellung vorläufig keine sichere Aussicht für die Zukunft bietet. Die nächste Kreisversammlung wird sich wohl wieder mit diesem Gegenstand zu befassen haben.

— Der Sonntagversammlung zu Engen gingen mehrere kleinere Besprechungen im Schooße der ultramontanen Partei des Bezugs voran: so zu Steißlingen im „Oden“ und zu Bodmann in der „Linde“. Von den auswärtigen Korrespondenten wohnte nur Hr. v. Anslaw denselben bei.

O Karlsruhe, 31. Mai. Der Zirkus Wulff, welcher bereits die Erlaubniß hatte, während der Messe hier Vorstellungen zu geben, wird nicht hier eintreffen, dagegen der Zirkus Antony und Schumann noch einige Wochen hier verbleiben.

Karlsruhe, 31. Mai. Frin. Neufeld von Wien, deren Gastspiel im hiesigen Sommertheater wir auf heute angekündigt hatten, wird eingetretener Hindernisse wegen erst nächsten Mittwoch aufzutreten.

Hamburg, 28. Mai. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Wesphalia“, Kapitän Schwensen, am 18. ds. von Neu-York abgegangen, ist nach einer ausgezeichnet schnellen Reise von 8 Tagen 18 Stunden gestern Abend 8 Uhr in Plymouth angekommen, und hat, nachdem es daselbst die Verein.-Staaten-Post, sowie die für England bestimmten Passagiere gelandet, um 9 Uhr die Reise via Gherbourg nach Hamburg fortgesetzt. Dasselbe überbringt: 353 Passagiere, 88 Briefsäcke, 900 Tons Ladung, 50,903 Dollars Contanten.

Hamburg, 28. Mai. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Allemania“, Kapitän Bardua, welches am 12. ds. Mts. von hier und am 15. ds. von Havre abgegangen, ist nach einer Reise von 11 Tagen 23 Stunden gestern Nachmittag 3 Uhr wohlbehalten in Neu-York angekommen.

### Karlsruher Bürgerabend.

Versammlung Mittwoch den 2. Juni Abends 8 Uhr in der Schubert'schen Gartenhalle.

Tagesordnung. Vortrag und Besprechung über die Stellung des Bürgerabends zu der von der liberalen und nationalen Partei beschlossenen Organisation. Das Komitee.

Karlsruhe, 30. Mai. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der badischen 35-fl.-Loose sind nachstehende Nummern herausgekommen, welche an der planmäßig am 30. Juni d. J. stattfindenden 94. Gewinnziehung theilnehmen: 117, 124, 233, 948, 1037, 1106, 1710, 2385, 2550, 2727, 3070, 3284, 3410, 4701, 5510, 6727, 6777, 5803, 7452, 7885.

Frankfurt, 31. Mai. — Uhr — Min. Nachm. Oeffentl. Kreditaktien 293, Staatsbahn-Aktien 389 1/2, National —, Steuerfreie 51 1/2, 1860r Loose 86, Oeffentl. Valuta 96, 4proz. bad. Loose 104 1/4, Amerikaner 86, Gold —.

### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

29. Mai	Barometer.	Thermometer in meter.	Windrichtung.	Windstärke.	Himmelsmel.	Witterung.
Mrgs. 7 Uhr	27° 7.4	+13.7	0.90	S.	83.	bed. trüb, warm, Nebel
Mrgs. 2 "	27° 8.9	+13.6	0.87	S.W.	"	" " Regen
Nachts 9 "	27° 9.7	+11.6	0.98	"	"	" " Regen, warm
30. Mai						
Mrgs. 7 Uhr	27° 9.7	+8.8	0.92	N.O.	83.	bed. trüb, windig, kühl
Mrgs. 2 "	27° 9.8	+11.6	0.73	"	"	" " kühl
Nachts 9 "	27° 9.8	+9.4	0.83	"	"	" " kühl

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 1. Juni. 2. Quartal. 69. Abonnementsvorstellung. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg, große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. „Tannhäuser“ — Herr Grimlinger vom Stadttheater zu Rotterdam als Gast. Anfang 6 Uhr. Ende 1/2 10 Uhr.

